



### „Müssen aufwachen“

Clemens Jabloner sieht die Kräfte, die an einem demokratischen Österreich festhalten wollen, in historischer Verantwortung.

Das Gespräch führten Doris Helmberger und Wolfgang Machreich

Als Clemens Jabloner am Montag Nachmittag zum FURCHE-Gespräch in die Wiener Hainburgerstraße kommt, stehen die FPÖ-ÖVP-Verhandlungen Spitz auf Knopf. Als DIE FURCHE am Mittwoch Mittag in Druck geht, tun sie das noch immer. Mehrere aktuelle Interviewanfragen hat der 76-Jährige abgelehnt, zum vereinbarten FURCHE-Gespräch erscheint der renommierte Verfassungsjurist, ehemalige Präsident des Verwaltungsgerichtshofs, Vorsitzende der Historikerkommission (1998–2003), Vizekanzler und Justizminister unter Brigitte Bierlein sowie aktuelle Leiter der Forschungsstelle „Hans Kelsen und sein Kreis“ überpünktlich. **N**

**DIE FURCHE:** Herr Professor Jabloner, wir erleben gerade dramatische Stunden. Die blau-türkisen Verhandlungen stehen an der Kippe, ein Kanzler Kickl ist unwahrscheinlicher geworden, aber noch immer möglich. Was würde das bedeuten?

**Clemens Jabloner:** Wir wissen aus den durchgestochenen Dokumenten etwas über die Gedankenwelt der FPÖ. Auch wenn da viel Spiel- oder auch Provokationsmaterial darunter ist, so haben wir doch eine Einsicht bekommen, wie hier gedacht wird. Das ist ein finsternes Österreich, das sich da abzeichnet. Wenn wir allerdings die Dinge in das Licht der Bundesverfassung stellen, so verliert einiges seinen Schrecken, weil diese doch deutliche Grenzen setzt. Und eine Zweidrittelmehrheit im Nationalrat für verfassungsrechtliche Änderungen sehe ich nicht.

**DIE FURCHE:** Laut diesem Papier sollen die rechtlichen Grundfesten Europas infrage gestellt werden: Europäische Menschenrechtskonvention, EU-Grundrechtecharta, Judikatur des Europäischen Gerichtshofs. **Jabloner:** Stimmt, aber wir können uns nicht mir nichts, dir nichts aus diesen Verpflichtungen lösen. Das wäre völker- und unionsrechtswidrig. Selbst wenn man die Menschenrechtskonvention des Verfassungsrangs entkleidet – was einer Zweidrittelmehrheit bedürfte, die ich nicht sehe

Verfassungsdoyen Clemens Jabloner, ehemaliger Vizekanzler, Justizminister und Leiter der Historikerkommission, über das FPÖ-ÖVP-Tauziehen, die AfD, Trump – und Verantwortung.

# „Das ist ein finsternes Österreich“



Lesen Sie dazu auch den Kommentar von Otto Friedrich „Zum Bericht der Historikerkommission: NS-Zeit nicht zudecken“ (27.2.2003).

–, bliebe die die völkerrechtliche Verpflichtung. Und wenn wir uns nicht mehr an die Judikatur des EuGH halten, bedeutete dies im Grunde genommen, die Europäische Union zu verlassen.

**DIE FURCHE:** Verstehen Sie angesichts dieser Positionen, dass die ÖVP nach wie vor am Verhandlungstisch sitzt?

**Jabloner:** Was ich nicht verstehe, ist das sehr deklarierte Eintreten der Industriellenvertretung für die FPÖ. Ich glaube, dass die Industrie in der Zweiten Republik noch nie so in die Politik eingegriffen hat wie nun IV-Präsident Georg Knill. Oder auch der Industrielle Stefan Pierer, der bis kurz vor dem Öffentlichwerden seiner

wirtschaftlichen Kalamitäten noch über das Vorgehen des Bundespräsidenten gescherzt hat. Welche Interessen hier maßgebend sind, erschließt sich mir nicht.

**DIE FURCHE:** Der Politikwissenschaftler Fabio Wolkenstein ortet bei den Konservativen Opportunismus (vgl. Seite 8). Teilen sie diesen Eindruck?

**Jabloner:** Ich glaube schon, dass die Industrie – und überhaupt manche konservative Kreise – eine gewisse intellektuelle und ethische Schwäche befallen hat. Ich bin kein Konservativer, aber natürlich sympathisiere ich mit bürgerlichen Werten. Ich verstehe schon, dass die Industrie niedrige Löhne und Steuern will. Aber ich glaube, dass sie zu sehr auf diese Frage fixiert war und die gesamthaften Schäden einer FPÖ-Herrschaft nicht bedacht hat.

**DIE FURCHE:** Falls die FPÖ-ÖVP-Verhandlungen scheitern, gibt es verschiedene Szenarien – darunter auch eine Expertenregierung. Sie selbst haben 2019 einer solchen unter Brigitte Bierlein angehört, wobei damals bewusst keine wegweisenden Entscheidungen getroffen wurden. Wie sinn-

voll wäre das in der heutigen Situation?

**Jabloner:** „Expertenregierung“ ist an sich ein unscharfer Begriff. Man muss ja auch von einem Minister erwarten, dass er eine gewisse Expertise hat. Es gibt auch Ministerien, die man leichter mit Experten besetzen kann, etwa das Außen- oder das Justizministerium, also Ressorts, in denen die gesetzliche Bindung an sich schon sehr stark ist. In Bereichen, in denen es um sozialpolitische Konflikte geht, etwa im Sozialrecht, tut sich eine Regierung, die keine gesicherte parlamentarische Grundlage hat, schwerer. Sie kann ja nur bestehen, solange sich keine Mehrheit für ein Misstrauensvotum findet. Wie aussichtsreich dies ist, hat der Bundespräsident zu befinden.

**DIE FURCHE:** Was müsste eine Expertenregierung jedenfalls zusammenbringen?

**Jabloner:** Ein Budget – das ist ja die in Zahlen gegossene Politik. Und insgesamt geht es darum, über die aktuelle Krise hinwegzukommen. Man muss darauf achten, dass man nicht dieser verführerischen rechten Rhetorik folgt, die behauptet: Wir sind eine Bewegung und wir sind unaufhaltsam – das wurde ja auch jüngst bei diesem Gipfel der „Patrioten“ in Madrid gesagt, dem Herbert Kickl zugeschaltet war. Diese Rhetorik tragen leider auch die Journalisten und Politologen mit, weil sie immer in Bewegungen denken. Aber im Grunde befinden wir uns in einem Schachspiel: Es kommt immer auf die aktuelle Stellung an – nicht darauf, ob eine Partei bei einer Wahl gewonnen oder verloren hat. Umso mehr kommt es in Krisensituationen darauf an, dass die besonnenen Kräfte die Nerven bewahren. Deshalb habe ich gar nicht verstanden, weshalb die Neos bei den Dreier-Koalitionsverhandlungen aufgestanden sind. Ich sehe natürlich ihre Argumente, aber ich glaube, sie waren sich des historischen Moments nicht bewusst.

**DIE FURCHE:** Bei jeder künftigen Regierung ist das Justizministerium besonders im Fokus. Nicht wenige wollen hier eine parteiunabhängige Person an der Spitze sehen, andere fordern im Gegenteil einen politischen Kopf. Was meinen Sie?

**Jabloner:** Was ist Unabhängigkeit? Jemand kann einer Partei zugehören und trotzdem unabhängig sein. Ebenso kann jemand nicht einer Partei zugehören und trotzdem völlig von dieser oder von gewissen Verbindungen abhängig sein. Entscheidend ist, dass die Ministerin eine integre selbstsichere Person ist, die sich nicht einspannen lässt. Ganz unpolitisch kann die Justizministerin nicht sein, weil sie abgesehen von der Vollziehung der Gesetze auch rechtspolitisch tätig sein muss. Sie muss daher einen Standpunkt haben zur Verschärfung oder Milderung des Strafrechts, zu Änderungen im Gesellschaftsrecht und so weiter. Dazu kommt die Frage, wie man die Anklagebehörden organisiert.

**DIE FURCHE:** Sie meinen das ewige Ringen um die Organisationsform einer unabhängigen Generalstaatsanwaltschaft?

**Jabloner:** Das Justizministerium hat meiner Ansicht nach mit einer kollegialen, senatsmäßigen Führung der obersten Anklagebehörde ein sehr gutes Modell entwickelt. Ich war auch Mitglied dieser Arbeitskreise. Die zweitbeste Lösung erscheint mir, wenn gar nichts passiert und es so bleibt, wie es ist. Am schlechtesten wäre meines Erachtens die Lösung, die der ÖVP mit einem monokratischen Organ an der Spitze der Staatsanwaltschaft vorschwebt: Denn damit schafft man einen Minister neben dem Minister.

**DIE FURCHE:** Der Bundespräsident steht je-

„Die Antwort kann jedenfalls nicht sein, dass wir in eine Lethargie verfallen und einem neuen Biedermeier frönen. Ich glaube, dass ein Ruck durch die Gesellschaft gehen muss.“

denfalls dieser Tage vor besonderen Herausforderungen. Hat er auf Basis unserer Verfassung noch genügend Handhabe?

**Jabloner:** Ja, er könnte sogar extreme Akte setzen, denn die Novelle des Bundes-Verfassungsgesetzes von 1929 hat ihn mit starken Zuständigkeiten ausgestattet. Er könnte sich eine Bundesregierung ganz nach seinem Gefallen zusammenstellen, den Nationalrat auflösen und mit Notverordnungen regieren. Aber es ist weder wahrscheinlich noch sinnvoll, dass er das tut. Umso mehr wird es auf seine persönliche Autorität ankommen – und darauf, wie er sein Handeln der Bevölkerung gegenüber begründet. Es ist ein offenes Spiel.

**DIE FURCHE:** Viele erinnern wieder an die 1930-er Jahre. Wie sehen Sie als ehemaliger Vorsitzender der Historikerkommission und angesichts Ihrer eigenen Familiengeschichte den Umstand, dass eine Partei wie die FPÖ an die Macht kommen könnte?

**Jabloner:** Ich hätte es nicht für möglich gehalten, dass eine so weit rechts stehende Partei tatsächlich an die Spitze kommen kann, dass sie so den Ton angibt. Das ist schon eine dramatische Sache für mich. Wobei ich nicht Herbert Kickl unterstellen möchte, dass er diesen Rechtsextremismus unbedingt will. Aber die Frage ist: Wie kann sich die FPÖ davon frei halten? Das scheint mir sehr schwierig zu sein angesichts der engen Verbindungen der Identitären mit der jungen FPÖ und des Umstands, dass Kickl die Identitären als „interessante NGO“ bezeichnet hat – ganz zu schweigen von den wieder aufkommenden Neonazis. Das macht mir schon große Sorgen.

**DIE FURCHE:** Haben Sie selbst eine Erklärung dafür, warum die FPÖ bei den Wahlen so reüssieren konnte bzw. kann?

**Jabloner:** Ich glaube, Politik, Verwaltung, ja auch ich haben unterschätzt, welche Bedeutung die Pandemie für die Menschen hatte. Ich habe mich damals schon gewundert über diese Demonstrationen in Wien, diese großen Menschengruppen, die schon am Samstagvormittag durch Wien gezogen sind. Das hatte einen fast mittelalterlichen Charakter. Vielleicht hat man nicht erkannt, dass die Leute verletzt wurden, indem man ihnen bedeutet hat, sie würden asozial handeln, wenn sie sich nicht imp-

fen lassen und so weiter. Anders als mit einer kollektiven Kränkung ist das kaum erklärbar. Sie war offenbar eine wichtige Motivation, die FPÖ zu wählen, zumal sich Herbert Kickl dieses Unmuts sehr geschickt bemächtigt hat. Das müssen wir als Gesellschaft bewältigen – nicht indem wir, wie die FPÖ das will, irgendwelche „Schmerzgelder“ zahlen, aber indem wir versuchen, diese Menschen zu verstehen und uns überlegen, wie wir eine Pandemie künftig besser handhaben können.

**DIE FURCHE:** In Deutschland wird hitzig über den jüngsten Versuch von CDU-Chef Friedrich Merz debattiert, mit der AfD im Bundestag gemeinsam abzustimmen. Wie sehen Sie die AfD im Vergleich zur FPÖ?

**Jabloner:** Ich halte die AfD für gefährlicher, und zwar aus folgendem Grund: In Österreich wird die FPÖ von vielen aus Ärger, Verbitterung oder Aggression heraus gewählt – als Gegengewicht, weil sie mit den anderen Parteien unzufrieden sind. In Deutschland besteht aber immer die Gefahr, dass die Leute ernst nehmen, was die AfD vorträgt, dass sie das also wirklich glauben. Wenn man sich anschaut, wie sich einst der Nationalsozialismus durchgesetzt hat, dann war er zwar größ-

tenteils eine süddeutsch-österreichische Erfindung – aufgenommen ist er ja im katholischen Bereich –, aber durchgesetzt hat er sich am protestantischen flachen Land. Das zeigen die Wahlergebnisse in den frühen 1930er Jahren deutlich. Da gab es viele, die wirklich glaubten, dass es um die arische Rasse und ihre Reinheit geht. Deswegen halte ich die AfD letzten

Endes für noch gefährlicher.

**DIE FURCHE:** Hat Friedrich Merz einen Tabubruch begangen, wie viele meinen?

**Jabloner:** Ich weiß nicht, ob das so entscheidend ist. Die Frage ist eher, wie weit die deutschen Konservativen, also CDU und CSU, am Ende der Situation entgegen können, dass sie von der AfD unterstützt werden. Um das abzuwenden, muss also wieder eine Koalition mit der SPD gelingen.

**DIE FURCHE:** In Deutschland ist auch ein Verbot der AfD im Gespräch. Sinnvoll?

**Jabloner:** Das hielte ich nicht für richtig. In Österreich hört jedenfalls eine Partei, wenn sie gegen das Verbotsgesetz verstößt,

zu existieren auf – sie ist aufgelöst. Jede Behörde muss das bei der Vollziehung der Gesetze beachten, zudem können die Exponenten strafrechtlich belangt werden. Aber die Rechtsextremen haben Übung darin, stets an diesem Grenzzaun zum Verbotsgesetz herumzutänzeln.

**DIE FURCHE:** Apropos Gerichte: In den USA scheinen sie die letzte Bastion im Kampf gegen den Umbau durch Donald Trump zu sein. Sehen Sie das Modell Trump auch nach Österreich bzw. Europa schwappen?

**Jabloner:** Nein, das halte ich bei uns für nicht möglich. Die Neuerung in den USA besteht darin, dass offensichtlich nicht einmal mehr der Schein der Rechlichkeit gewahrt wird. Es wird gar nicht mehr behauptet, der Zugriff auf die vermeintlichen Feinde des Regimes sei vom Recht gedeckt. Man wird sehen, wie die Gerichte darauf reagieren. Aber so eine Entwicklung wäre in der österreichischen Rechtsordnung nur mit Hilfe von Gewalt möglich. Und dort sehe ich die FPÖ nicht.

**DIE FURCHE:** Nach 1945 waren die USA noch der bestimmende Faktor, um diese Weltordnung zu bauen, wie wir sie kennen.

Jetzt ist Donald Trump die Abrissbirne...

**Jabloner:** Das ist tragisch, denn wir verlieren unseren Kompass. 1945 haben die USA erstens die Nazis und Faschisten besiegt, zweitens haben sie uns vor dem Kommunismus bewahrt, drittens haben sie Wohlstand durch ihr System gebracht und das immer mit den Elementen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Man hat zwar immer über die Amerikaner geschimpft oder sich über sie lustig gemacht oder gegen sie demonstriert, aber im Grunde war das unser Kompass. Wenn er wegfällt, ist das für uns sehr dramatisch und wir müssen umso mehr an der Orientierung an der Europäischen Union und ihren Werten festhalten. Hier sind wir jetzt daheim.

**DIE FURCHE:** Aber da bröckelt es ja ebenso, siehe Ungarn, Belgien, Deutschland...

**Jabloner:** Das kann passieren, aber die Antwort kann nicht sein, dass wir in Lethargie verfallen und einem neuen Biedermeier frönen. Ich glaube, dass ein Ruck durch die Gesellschaft gehen muss, und die Kräfte, die an einem demokratischen und liberalen Österreich und Europa festhalten wollen, aufwachen und sich ihrer historischen Verantwortung bewusst werden müssen.

„Man muss darauf achtgeben, dass man nicht dieser verführerischen rechten Rhetorik folgt, die behauptet: Wir sind eine Bewegung und wir sind unaufhaltsam.“



Clemens Jabloner im Gespräch mit FURCHE-Chefredakteurin Doris Helmberger und FURCHE-Reporter Wolfgang Machreich.



Die Langversion dieses Interviews mit weiteren Fragen zur Situation in den USA lesen Sie auf [furche.at](http://furche.at) sowie unter diesem QR-Code:



KLARTEXT

Von Susanne Glass

## Trump und seine Ziege



Moshe kommt verzweifelt zum Rabbi. Das Leben mit Frau und neun Kindern in der Einzimmerwohnung scheint ihm unerträglich geworden. So beginnt ein jüdischer Witz, der mir in Bezug auf Trump nicht mehr aus dem Kopf geht. Der Rabbi rät Moshe: „Schaff Dir eine Ziege an und komm in zwei Wochen wieder.“ Moshe tut wie ihm geheißen. Zwei Wochen später erscheint er mit den Nerven am Ende. „Rabbi, mit der Ziege ist es nicht auszuhalten. Es stinkt, überall liegt ihr Mist.“ Der Rat des Rabbis diesmal: „Moshe, schaff die Ziege ab.“ Als sich die beiden in der Synagoge treffen, ist Moshe ein glücklicher Mann. „Rabbi, ohne die Ziege ist es paradiesisch. Wir haben so viel mehr Platz und der Dreck ist weg. Wir freuen uns jeden Tag, dass wir die sie losgeworden sind.“ Was dieser Witz mit Trump zu tun hat? Er stellt mit seinen wahnwitzigen Forderungen eine Ziege in den Raum. Als er etwa beim Besuch von Israels Premier Netanjahu in Washington davon sprach, den Gaza-Streifen zur „Riviera des Nahen Ostens“ zu machen. Freilich ohne die zwei Millionen Palä-

stinenser. Die müssten nach Jordanien und Ägypten geschafft werden. Selbst Netanjahu, der so wirkte, als könne er sein Glück kaum fassen – wird er doch von seinen rechtsextremen Koalitionspartnern unter Druck gesetzt, die Palästinenser zu vertreiben – muss klar gewesen sein, dass dieser Vorschlag nicht umzusetzen ist. Auch in den EU-Statuten ist die Vertreibung eines Volkes nicht vorgesehen. Und selbst europäische Trump-Freunde können kein Interesse an den zusätzlichen Migrationsströmen haben, die eine Zwangsumsiedlung der Palästinenser in arabische Nachbarländer und deren Destabilisierung zur Folge hätte. Aber wenn Trump seine Ziege wieder aus dem Raum nimmt, dürften andere Vorschläge plötzlich erträglich erscheinen, die bisher noch als chancenlos galten.

Die Autorin ist Redaktionsleiterin Ausland und politischer Hintergrund beim Bayerischen Rundfunk.



Auf die mit der Covid-Politik einhergegangenen „Kränkung“ vieler Menschen müsse man gesellschaftlich und politisch eingehen, fordert Jabloner.